

kommunal mobil: Beteiligungsprozesse – unterschätztes Potenzial in der Verkehrsplanung  
Fachtagung am 26. und 27. September 2013 in Dessau-Roßlau

## **Umsetzung kommunaler Verkehrsprojekte - Bürgerbeteiligung – Rechtliche Pflichten und gesellschaftliche Erwartungen**

### **Bürgerbeteiligung – was ist heute rechtlich notwendig und was ist machbar?**

Timo Munzinger

Referent für Integrierte Stadtentwicklung, Regional- und Landesplanung, Bauordnung, Stadtplanung, Städtebau, Architektur und Stadtgestaltung beim Deutschen Städtetag

Laut Umfrage von Infratest Dimap Anfang 2012 bei 1000 Befragten fühlen sich 55 % Prozent über ihre Beteiligungsmöglichkeiten bei Planungsvorhaben zu wenig und 7 % gar nicht informiert. Der Wunsch nach stärkerer Beteiligung erstreckt sich vor allem auch auf die Verkehrspolitik (39 %). Die Bürgerinnen und Bürger erhoffen sich durch eine stärkere Mitsprache bessere und gerechtere Entscheidungen.

Dabei sind Entscheidungsprozesse in Städten und Gemeinden für Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich besser erlebbar und direkter mit zu gestalten als auf anderen staatlichen Ebenen. Dies nicht zuletzt, weil die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in unterschiedlichen Formen längst zur selbstverständlichen kommunalen Praxis gehört.

Die Bürgerbeteiligung ist in jüngster Zeit verstärkt in den Fokus der öffentlichen Diskussion geraten ausgehend von Themen wie Stuttgart 21 oder Flughafenerweiterungen in Frankfurt und München. Auch in vergleichsweise kleinen Projekten – wie der Herstellung einer Straßenbahnlinie – wird eine transparente Information und Berücksichtigung der Bürgerbelange eingefordert. Dabei gibt es aber nicht nur Protest, sondern auch ein Potenzial an Bürgerinnen und Bürgern, die sich in offenen Dialogen an der Suche nach „besseren Lösungen“ beteiligen. Dieses Potential gilt es in besonderem Maße zu fördern und auszuschöpfen.

Ausgehend von den bestehenden Beteiligungsverfahren werden dargestellt:

1. Formelle Bürgerbeteiligung – was ist gesetzlich vorgeschrieben?
2. Kritik - was sollte besser sein?  
Ziele und Inhalte des Planungsvereinheitlichungsgesetzes
3. Informelle Beteiligung - was ist machbar?  
Handbuch für eine bessere Bürgerbeteiligung
4. Anregungen für die Beteiligung bei kommunalen Verkehrsprojekten – wie wird's gemacht?

Eingegangen wird auf Ziele und Inhalte des Planungsvereinheitlichungsgesetzes sowie das Handbuch des BMVBS für eine bessere Bürgerbeteiligung. Gestreift werden Fragen der Einführung plebiszitärer Elemente in Ergänzung zu einer gelebten parlamentarischen Demokratie in den Städten und für die Förderung einer neuen Beteiligungskultur geworben.

In den Städten wurden vielfältige positive Erfahrungen mit aktivierenden Beteiligungsverfahren und innovativen Methoden gemacht. Dabei mangelt es nicht an geeigneten Beteiligungsinstrumenten, sondern in vielen Fällen eher an der Verständigung über verbindliche Spielregeln und Qualitätsstandards also an einer übergreifenden Beteiligungskultur.

Aufgerufen wird dazu, die Beteiligungskultur und den „State of the Art“ zu ermitteln und zur Legitimation und breiten Akzeptanz von Planungen und Entscheidungen weiterzuentwickeln. Dazu sind alle gesellschaftlichen Gruppen zu aktivieren, die Chancengleichheit bei der Beteiligung zu sichern und eigene kommunale Qualitätsstandards für Beteiligungsprozesse zu setzen.